DER MINISTERPRÄSIDENT DES LANDES RHEINLAND-PFALZ

20. August 2009

Präsidenten des
Interregionalen Parlamentarier-Rats
Herrn Landtagspräsidenten Hans Ley
Landtag des Saarlandes
Franz-Josef-Röder-Str. 7
66119 Saarbrücken

Sehr geehrter Herr Präsident,

in seiner Empfehlung vom 5. Dezember 2008 forderte der Interregionale Parlamentarier-Rat, dass bei der Standortsuche für ein eventuelles Endlager für radioaktive Stoffe und Abfälle in Lothringen die Interessen der Bevölkerung der Großregion berücksichtigt werden sollten. Die rheinland-pfälzische Landesregierung hat diese Empfehlung unterstützt. Darüber hinaus hat die rheinland-pfälzische Ministerin für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz, Frau Margit Conrad, sowohl Bundesumweltminister Sigmar Gabriel als auch seinem französischen Amtskollegen Jean-Louis Borloo gegenüber in Schreiben die Sorgen der rheinland-pfälzischen Bevölkerung zum Ausdruck gebracht und sich den Forderungen des Interregionalen Parlamentarier-Rats angeschlossen. Des Weiteren hat die Landesregierung das Thema auf die Tagesordnung der Hauptkommission der Deutsch-Französischen Kommission für Fragen der Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen (DFK) setzen lassen.

Die Beratungen der Hauptkommission der DFK am 18. Juni 2009 ergaben, dass bei der Standortsuche für das Endlager für die französischen Behörden die geologische Eignung erste Priorität besaß, die Suche sich somit auf ganz Frankreich bezog. Die Forderung des Interregionalen Parlamentarier-Rats, dass die Standortsuche primär nach geologischen und technischen Gesichtspunkten zu erfolgen habe, kann somit meines Erachtens als erfüllt betrachtet werden.

PETER ALTMEIER-ALLEE 1 · 55116 MAINZ · TELEFON (06131) 164700 · TELEFAX (06131) 164702

Gemäß der Entscheidung der französischen Regierung vom 24. Juni 2009 wird das Endlager in der Région Champagne-Ardennes im Département Aube errichtet. Beide zur Auswahl stehenden Standorte liegen westlich der Marne, eine Ausbreitung von möglicherweise ins Grundlager gelangenden radioaktiven Stoffen über die Mosel ist höchst unwahrscheinlich. Die Großregion ist somit weder direkt noch indirekt betroffen.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie die Mitglieder des Interregionalen Parlamentarier-Rats über die Initiativen der rheinland-pfälzischen Landesregierung unterrichten könnten. Insbesondere freut es mich, dass es den Partnerregionen der Großregion sowohl durch eine gemeinsame Positionierung beim Zwischengipfel im November 2008 als auch durch Initiativen der einzelnen Regierungen gelungen ist, diese Frage im Sinne der Bevölkerung der Großregion zu klären.

Mit freundlichen Grüßen